

DER 3. WEG

Zeitschrift für die natürliche Wirtschaftsordnung

Basis zur demokratischen Vollendung
der freien und sozialen Marktwirtschaft

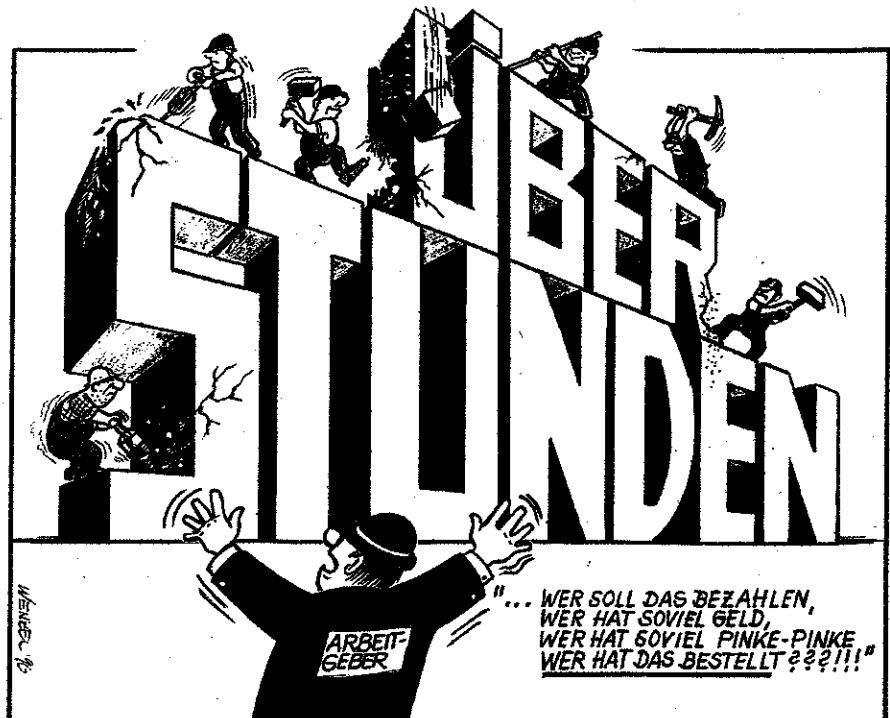
Kommentar: Cash- und Crash-Manager	S. 2
Jetzt ist die Revolution der Armen kaum noch aufzuhalten	S. 3
Ein Studium der Presse- berichte kann lohnend sein!	S. 4
Neue Wege gehen	S. 7
Symptombekämpfung, dargestellt am Beispiel der Arbeitslosigkeit	S. 8
Wunschziel: Europäische Gemeinschaft?	S. 10
Die „kaufkraftbestimmende Geldmenge“ in einer Volkswirtschaft	S. 11
Nur Geld-, Bodenreformer und Umweltschützer gemeinsam können unsere Welt besser gestalten!	S. 15
Appell an das Gewissen der Politiker	S. 17
Vom politischen Selbstver- ständnis, der eigenen Kritik- basis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung	S. 19
Birgt die deutsche Wirtschafts- misere ein Geheimnis?	S. 24
Meine Hoffnungen, Erwartungen und Vorschläge an die Theoretiker	S. 25
Leserbriefe	S. 26
Umlaufsicherung und Vollbeschäftigung	S. 28
Wir suchen Gesprächskontakte	S. 30
Buchbesprechung: Memorandum zu einer Neu- gestaltung des sozialen Lebens, getragen von einer menschenswürdigen Boden-, Geld- und Arbeitspolitik	S. 34
Impressum	S. 36

Realitätsferne Zahlenspiele

Wer eine Rechnung ohne den Wirt macht, kann sein blaues Wunder erleben. Denn der Wirt ist meistens nüchtern, der Zecher nicht. Und nüchtern - ohne jeden Sozialrausch - machen die Unternehmer ihre Bilanzen. Die Möglichkeit, sich an den Gewinnen zu berauschen, verflieg mit dem Wirtschaftswunder. Waren die Unternehmer damals noch bereit, aus satten Gewinnen betriebliche Sozialleistungen zu finanzieren, so wurden diese nach und nach abgebaut. Dann folgte die Reduzierung der Löhne und Gehälter, dann der Einstellungsstopp, und zuletzt wurden die Mitarbeiter selbst abgebaut. Alles nur Schikane? Schließlich sahen Betriebsinhaber ihre ermatteten Unternehmerkollegen zum Konkursrichter torkeln. Rechts das Amtsgericht für Unternehmer, links das Arbeitsamt für Mitarbeiter. Das sind gar grausige Aussichten!

So wurde der joviale Chef zum Biest, dachte mehr an sein Überleben als an das Wohlergehen der Mitarbeiter. Manchester-Kapitalismus nennt man das. Gingen die Geschäfte flau, wurde entlassen - wegen Auftragsmangel. Gingen sie gut, wurden Überstunden angesagt, was wiederum die Rest-Mitarbeiter erfreute, aber nicht die Gewerkschaften. Die hatten nämlich gerechnet: Anfallende Überstunden geteilt durch die normale Arbeitszeit gleich Neueinstellungen. 300 000 sollten es allein in der Metallindustrie sein. 2 Millionen bis zur Jahrtausendwende insgesamt. Der Rausch ergriff Gewerkschaftsbosse und Mitglieder. Heureka, wir bauen ab!

Wie in der Kneipe die Kumpels, hatten die Betriebsinhaber bei der Bank anschreiben lassen, bis sie pfänden ließ. Hilfeschreie an den Staat verhallten, sie werden erst ab 1000 Mitarbeiter erhöht. Der Mittelstand kann ruhig baden gehen, auch die Mitarbeiter und schließlich das Sozialsystem. Gute Nacht, Demokratie! (ws)



ERLÄUTERUNGEN

Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung

2. Folge des Beitrags „Die Europäische Währungsunion“ von Tristan Abromeit

Anmerkung der Redaktion:

Die Reaktionen auf die erste Folge in DDW 2/1996, Seiten 7 ff, waren ausnahmslos positiv - mit einer Einschränkung: Der Beitrag sei zu lang gewesen. Diesen Eindruck hatten wir auch und trugen ihn dem Autor vor. Sein Argument, der Beitrag sei erst abgerundet, wenn alle Facetten erkennbar und auch seine persönlichen politischen Erleben mit einbezogen würde, hat uns überzeugt. So, als habe er solche Einwände schon erwartet, schreibt er in seiner Schlußbemerkung:

„Für Zeitungsredaktionen müssen schon außergewöhnliche Umstände vorliegen, wenn sie einen Text dieser Länge abdrucken. ... Die komprimierte Darstellung der Fakten ist ... keine Garantie dafür, daß ein Text gelesen und verstanden wird. Wie soll auch das Ringen um die Erfassung und Lösung der Währungsprobleme dargestellt werden, wie soll die Neugierde geweckt werden, wenn nicht die Fakten mit Personen verknüpft werden?“

Nun, die „außergewöhnlichen Umstände“ liegen vor, sowohl in den absolut verworrenen Vorbereitungen zur Europäischen Währungsunion als auch im vergeblichen Bemühen, die vorgegebenen Kriterien zu erfüllen. Hinzu kommt Tristan Abromeits sachliche und überzeugende Art des Schreibens, die das Dunkel in europäischen und in Währungsfragen erhellen. (ws)

2 Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung

Ich beschreibe nachfolgend nicht aus Eitelkeit - von der ich sicher auch nicht ganz frei bin - mein Selbstverständnis und die Basis meiner Kritik, sondern um eine Bewertung - wo sie von der Sache her gesehen dem Leser nicht unmittelbar möglich ist - zu erleichtern. Politik ist eben nicht nur Sache, sondern auch Ausdruck von handelnden Personen und deren Biographien.

Ich habe mich bemüht, für und nicht gegen ein neues Europa zu schreiben. Ich verstehe mich dabei als Bürgerrechtler und Systemkritiker, der sich von der Einführung der Marktwirtschaft und vom konsequent angewandten Föderationsprinzip auch im privatrechtlichen

Bereich eine Reduzierung von staatlicher Organisation auf ein gesundes Maß und damit eine Emanzipation der Bürger und einen Fortschritt der Gesellschaft verspricht. Es ist eine undankbare Rolle, weil:

1. die öffentliche Meinung dem Bürger suggeriert, für eine solche Rolle bestände bei uns kein Bedarf;
2. die meisten Systemkritiker und Bürgerrechtler noch marxistisch-zentralistische oder staatsinterventionistische Zielvorstellungen im Kopf haben;
3. die Vernetzung dieser Opposition, die sich nicht durch die Mitgliedschaft in einer bestimmten Partei oder Großorganisation definiert, unterentwickelt ist und
4. die Vorstellung herrscht, wir würden in einer freien, demokratischen Gesellschaft mit einem marktwirtschaftli-

Gesamt-Inhaltsübersicht

1. Folge (siehe DDW 2/1996)

- 1 Für die Chancen - gegen die Gefahren
 - 1.1 Abwehr von Verdummungsstrategien und Überwindung der Blindflecken
 - 1.2 Zusammenfassung / Merktzettel für die weitere Diskussion
- Anhang: Gesells Warnung vor dem europäischen Binnenmarkt von 1926

2. Folge (in diesem Heft)

- 2 Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung
- 3 Schlußbemerkungen zum Teil 1 und 2

3. Folge (erscheint im April 1996)

- 4 Drei Ergänzungen aufgrund neuerer HAZ-Berichte
- 4.1 Die SPD will nicht lernen, ihre Konkurrentinnen auch nicht
- 4.2 Wolffsohn: „Europa hat sich noch längst nicht gefunden“
- 4.2.1 Die Währungsunordnungen als Quellen des Antisemitismus
- 4.2.2 Ein Exkurs über die Bodenrechtsproblematik als mögliche Gründe für neue Scheiter- und Scherbenhaufen
- 4.3 Die Volksbanken versprechen: „Wir machen den Weg frei!“ Die Adressaten sollten erwidern: „So fangt doch endlich an und spielt nicht wie bisher die ‚Bauernfänger‘“

chen System und geordneten Währungsverhältnissen leben.

Angepaßter Journalismus

Den Journalismus halte ich bei uns auch nicht für mutiger und kritischer als in der untergegangenen DDR. Die Journalisten füllen hier auch nur einen gesellschaftlich vorgegebenen Rahmen aus. Da dieser weiter gefaßt ist, kommt es in bezug auf Gründlichkeit, kämpferischer Wahrheits- und Freiheitsliebe zu einer (Selbst-)Täuschung.

Durch Wurzel und Erfahrung Europäer, aber dennoch Deutscher

Ich bin als Oldenburger geboren, in einem Land, das es nicht mehr gibt. Vermutlich werde ich als Niedersachse sterben. Ich wünsche mir, daß ich das ehemalige Memelland und Ostpreußen - der Heimat meiner väterlichen

Familie - noch als Teile einer europäischen Modellregion Baltikum erlebe, in der Folgendes schneller erreicht wird als in Gesamteuropa: Die konstruktive Aufarbeitung der Vergangenheit, die Schaffung der gewollten Vielfalt in der Einheit. Und die Schaffung eines Wohlstandes aller aus eigener Kraft ohne Widerspruch zu ökologischen Forderungen durch Abwerfen von theorieökonomischem und ideologischem Ballast aus Ost und West.

Der Gedanke, daß die nachfolgende Aussage Teil einer Rede an meinem Grabe - das hoffentlich noch auf sich warten läßt - sein könnte, macht mich zufrieden:

„Er war von der Gesinnung her Weltbürger, er wurde noch europäischer Staatsbürger, sein Vaterland ist Deutschland seine erste Heimat - Barßel und Elisabethfehn - liegt zwischen Ostfriesland, dem Ammerland und dem Saterland, die zweite wurde die Deutsche Bucht und die Ostsee und die dritte wurde nach Verweilen in Groß- und Kleinstädten das Steinhuder Meer. Zuletzt zog es ihn zur Memel (?). Zu seinen Vorfahren gehörten Ostfriesen und Ostpreußen, Holländer und Litauer. Er war stolz, ein Deutscher zu sein, so wie Niederländer oder Dänen stolz sind, Teile ihres Volkes zu sein. Er wußte, daß der nationale Selbsthaß wie die nationale Überhöhung gemeinschaftsunfähig macht.“

Selbstbewußte Europäer

Ich bin in bezug auf die Verteidigungspolitik mehr Europäer als jene in Bonn und Brüssel. Ich würde unseren amerikanischen Freunden sagen: Es ist an der Zeit, daß wir die Nato in der alten Form auflösen. Wir bedanken uns für Eure Hilfe in der Vergangenheit. Wir können uns inzwischen selbst verteidigen. Wenn ihr nach Hause geht, können die baltischen Staaten, Polen und andere Kandidaten Mitglied in einem rein europäischen Verteidigungsbündnis werden, ohne daß sich Rußland bedroht fühlen muß und ohne daß es weiter sein Gesicht verliert. Eure Rolle als Weltpolitisten muß - damit sie von nationalistischen Tendenzen befreit und allseits akzeptiert wird - von einer weiterentwickelten Uno übernommen werden. Ihr habt - wie wir Europäer - genügend Probleme zuhause zu lösen. Freunde bleiben auf Dauer nur gern gesehen, wenn sie auch wieder gehen können.

Wirtschaftliche Gerechtigkeit zwischen Europa und den USA

Die USA und andere Länder dürfen aber im Handel mit Europa nicht benachteiligt werden. Ein protektionistisches Europa ist von den Wurzeln her zu bekämpfen (siehe DDW 2/96, S. 16). Die Bananenimportregelung ist ein erschreckendes Beispiel dafür, was auf uns zukommen kann. Berechtigt ist die Abwehr von Dumping und Preisverfälschung durch Subventionen der außereuropäischen Exportländer. Aber andererseits muß schon aus Gründen der Chancengleichheit im Wettbewerb Europa gegenüber den Exporteuren der nichteuropäischen Länder die Umweltstandards durchsetzen, die es innereuropäischen Unternehmen auferlegt.

Die Welt braucht ein ökonomisches Gleichgewicht

Es ist für die Menschen in Europa kein Gewinn, wenn hier Massen von Menschen ohne Erwerbsarbeit nur wohlfahrtsstaatlich finanziert werden, damit sie Waren kaufen können, die in Billiglohnländern für einen Hungerlohn produziert wurden. Das Prinzip der offenen Grenzen setzt voraus, daß die ökonomische Welt mehr ins Gleichgewicht gebracht wird als bisher. Dies würde auch den Zuwanderungsdruck mildern, der auf den europäischen Ländern lastet. Die Asyldebatte würde an Schärfe verlieren. Es ist dazu nicht erforderlich, die Arbeitseinkommen der europäischen Bürger noch mehr zu schröpfen, sondern es sind die Strukturen zu ändern, die eine Vollbeschäftigung überall verhindern. Ein bedeutendes, vollbeschäftigungshemmendes Strukturelement ist - wie an anderer Stelle schon gesagt - die Währungsverfassung.

Befreiung von jeglichem Zwang

Damit auch die Freizügigkeit der Europäer für Arbeitnehmer praktikabel wird, müssen die sozialen Sicherungssysteme von staatlichen Zwangskollektiven auf privatrechtliche, freiheitliche Kollektive umgestellt werden. Eine solche Regelung ist wirtschaftlich effektiver, sie mindert die Begehrlichkeit, via Staat Leistungen anderer ohne Vor- oder Gegenleistungen anzuzapfen und ermöglicht die Mitnahme und den weiteren Aufbau von Ansprüchen (im Versorgungsfalle) an jedem Platz in Europa und der übrigen Welt. Der weitere Vorteil wäre, daß die Grenzen zwischen der

Ökonomie von Arbeitnehmern und jener von Arbeitgebern klarer gezogen wären. Das Gejammer über die Lohnnebenkosten würde aufhören, der Arbeitnehmer könnte sich vom Mündel der Sozialpolitik zum Unternehmer entwickeln, der seine Fähigkeiten vermarktet.

Der Sozialismus Marxscher Prägung in den Staaten Osteuropas ist nach meiner Einsicht im wesentlichen an seiner zentralistischen Prägung und seinen theoretischen Mängeln zugrunde gegangen. Der Zentralismus, der - mehr aus Hilflosigkeit und dazu wegen Analyse-mängeln als aufgrund gezielter Absicht - in Westeuropa aufgebaut wird, trägt ebenfalls die Fäulnis in sich, wie jener, der im Osten Europas mit vielen Opfern probiert wurde.

Meine realpolitischen Gehversuche

Zu meiner politischen Biographie gehört, das ich 1967 einer von zwei Initiatoren des Versuchsballons „*Liberal-Soziale Partei*“ war, daß ich lange Jahre Mitglied der FDP war und Gründungsmitglied der Grünen bin. Erfahrungen in vielfältigen Berufsfeldern prägten mein politisches Denken mit.

In der Zeit der Ausbildung zum Bankkaufmann in einer Genossenschaft lernte ich 1961 die von Silvio Gesell begründete Freiwirtschaftsschule kennen. FreundInnen, die ich aus pazifistischen und entwicklungspolitischen Zusammenhängen heraus kannte, reagierten auf die Weitergabe meines neuen Wissens mit Abwehr. Die Begründung für die Nichtbefassung waren damals (wie heute):

„Ich verstehe von der Wirtschaft nichts.“ oder „Ich bin mehr an praktischer Hilfe interessiert, als an theoretischen Klärungen.“

Der Rückblick von heute zeigt mir, daß die versäumte Klärungsarbeit bezüglich der Theorie des ökonomischen Handelns inzwischen weiteren unzähligen Menschen einen frühzeitigen Tod, Hunger oder Elend gebracht hat. Fehler in den gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen sind stärker als der Wille von einzelnen und Gruppen, die die Welt verbessern möchten. Daß die Sackgassen „*blinder Aktionismus*“ und „*resignativer Zweifel*“ nur durch kritisches Prüfen vermieden werden können, habe ich wohl schon damals empfunden. Eine Anfrage beim Raiffeisenverband Hannover e.V. brachte mir die nachfolgende

Antwort vom 18. Dezember 1962 des Wirtschaftsprüfers Ohlmeyer ein:

„Bei den von Gesell vertretenen Ansichten handelt es sich um eine moderne Volkswirtschaftslehre, die durch die derzeitige Wirtschaftslage in der Welt und in Europa wieder stärker ins Gespräch gekommen ist. Einige Erkenntnisse Gesells sind heute bereits Allgemeingut, so zum Beispiel, daß eine Währung weniger durch Gold als durch entsprechendes Waren- und Dienstleistungsangebot gesichert wird. Andere von Gesell und seinen Anhängern vertretene Auffassungen sind theoretisch zwar plausibel, sie lassen sich in der Praxis jedoch kaum durchführen, u. a. weil gesetzliche Bestimmungen und unterschiedliche historische Entwicklungen dem entgegenstehen. Die jetzt von der Freisozialen Union vertretenen Theorien sind daher mit Vorbehalt zu betrachten und nicht als Allheilmittel anzusehen.“

Meine wissenschaftlichen Klärungsversuche

In einem Studium des zweiten Bildungsweges an der damaligen Akademie für Wirtschaft und Politik hoffte ich auf wissenschaftliche Klärung meiner Fragen zu der Gesellschule. Aber die Freiwirtschaftsschule wurde damals und wird heute an keiner Hochschule offiziell gelehrt. In Hamburg lernte ich bald etwas über Utopie und Ideologie mit Begriffsdefinitionen von Mannheimer und auch etwas über Gruppendynamik (Hofstätter) kennen, die auch die Gruppenleistung des Festlegens beschreibt, die dann einsetzt, wenn die Lösung eines Problems durch die Gruppenleistung des Findens nicht gelingt. Ich lernte bald, daß ich auf meine Fragen keine Antworten bekommen würde, ja daß diese ganz unwissenschaftlich abgewürgt oder tabuisiert wurden. Man hatte sich darauf festgelegt, daß die Ökonomie, wie sie z. B. der Professor und Exsuperminister Karl Schiller vertrat, die Lösung für die anstehenden Probleme war. Das Ergebnis ist bekannt. Karl Walker, ein hervorragender Vertreter der Freiwirtschaftsschule und ebenfalls SPD-Mitglied, hat man seinerzeit nur widerwillig zu einer Demonstration seines volkswirtschaftlichen Planspiels in die Akademie gelassen und dieses dann auch nur mit der Absicht, ihn „abzuschießen“.

Aber weil es aus der Opposition heraus leicht dazu kommen kann, eine Institution mit vielen Mitarbeitern als einen monolithischen Block zu beschreiben, was meistens an der Wirklichkeit vorbeigeht, erwähne ich noch folgendes:

Nach einem Austausch von Papieren zur Währungspolitik mit Dr. Wilhelm Nölling, Expräsident der LZB Hamburg und kritischer Begleiter des Währungsgeschehens, fragte er 1990, ob ich nicht bei ihm studiert hätte. Ich habe ihm geantwortet, daß mein Studienbuch ihn nicht als Dozenten ausweist. Ich hätte aber in Erinnerung, daß er in meinem zweiten Studienjahr Assistent von Professor Hummel gewesen wäre. Und Professor Hummel hat mir hinter der vorgehaltenen Hand zu verstehen gegeben, daß er viel über Geld und Kredit bei Gesell gelernt hätte. Bei den 18. Mündener Gesprächen der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e.V. (Postfach 1550, D-37145 Northeim) hielt am 4. November 1995 Wilhelm Nölling einen Vortrag über das künftige Verhältnis der Europäischen Zentralbank zur Bundesbank.

Es ist nicht unbedingt böser Wille, der in den Wirtschaftsfakultäten am Werke ist. Die Fallstricke auf dem Erkenntniswege sind zahlreich. Und ich vermute auch Fehlleistungen der Wirtschaftswissenschaft aufgrund der Tatsache, daß sie Marktwirtschaft untersuchen und lehren will, obwohl sie selbst zentralverwaltungswirtschaftlich verfaßt ist. Es fehlt in der Wirtschaftswissenschaft der chancengleiche Wettbewerb der unterschiedlichen Schulen, und es fehlt ein effektiver Leistungsanreiz z. B. durch die Rückkopplung der Gehälter der Wirtschaftswissenschaftler an die Brauchbarkeit ihrer Analysen.

Das oft vergebliche Hoffen auf kritische Journalisten

Wirtschaftsjournalisten sind für den nach Orientierung Suchenden auch nur bedingt eine Hilfe. Über die Freiwirtschaftsschule haben sie im Regelfall nichts oder nur Abwertendes gehört. Auf einen Leserbrief zu einem Artikel in der HAZ vom 26. 7. 1969 mit dem Titel „Bis zum magischen Achteck“ schrieb mir der Wirtschaftsredakteur Gerd Grope am 14. 10. 1969:

„Theoretische Einsichten, wie man Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes tatsächlich oder vermeintlich regulieren kann, gibt es

schon lange. Wenn Sie selbst etwa die Lehre von Silvio Gesell im Auge haben, muß ich Ihnen leider sagen: Das war das Thema meiner Diplomarbeit, die allerdings schon über 20 Jahre alt ist. Aber ich glaube, daß sich bis jetzt nichts an dem Standpunkt der Wissenschaftler geändert hat: Silvio Gesells Vorstellungen sind in Wirklichkeit nicht zu praktizieren.“

Ich habe die Diplomarbeit leider nicht zu Gesicht bekommen und auch Gerd Grope nie persönlich kennengelernt. Ich nehme an, er ist oder war ein ehrenwerter Mann. Und doch bleibt ein Unbehagen: Ein Wirtschaftsredakteur hat sich zwanzig Jahre zurück als Student im Herrschaftsbereich einer Lehrmeinung über eine andere Lehre ein Urteil gebildet und unterzieht trotz der ökonomischen Problemlagen des Jahres 1969, über die er laufend berichtet, sein Urteil keiner Überprüfung. Ich denke, diese Haltung hat mit kritischem Journalismus nichts zu tun. „Die Wirtschaft“, die im Wirtschaftsteil einer durchschnittlichen Tageszeitung abgehandelt wird, ist real gesehen, nur ein kleiner Ausschnitt der Gesamtökonomie und nur für einen kleinen Teil ihrer Leserschaft von Interesse. Warum es Arbeitslosigkeit gibt, warum die Armen immer ärmer werden, wer wieviel durch das Sozialsystem verdient, warum die Wohnungen so teuer sind und warum die Gewerkschaften sich selbst bedeutungslos machen, darüber erfährt der Leser in der Zeitung nichts Genaueres.

Die Zeitungsmacher finden nicht, daß es Propaganda für die Börsenmakler ist, wenn sie fast täglich die Börsenwerte veröffentlichen. Warum tun sie aber so, als verlange man von ihnen, sie sollten Werbung für eine Sache oder eine Idee machen, wenn man erwartet, daß sie sensorisch alle Regungen und Überlegungen in bezug auf die allgemeine Ökonomie, die Kultur- und Sozialökonomie für die Leser erfassen und sichtbar machen sollen. Manchmal unterscheidet sich der Wirtschaftsteil der Zeitungen nicht von einem Propagandablatt, das von Wirtschaftsverbänden finanziert wird. Wenn „der politische Druck auf die Presse wächst“ (HAZ 5. 9. 1995) und Journalisten andererseits von den „kleineren“ und „größeren“ Leo Kirchs bedrängt werden, dann haben sie sich das selber zuzuschreiben. Man kann nicht dem „Teufel“ dienen und erwarten, den Lohn im „Himmel“ zu erhalten. Die Bedrohung

der journalistischen Freiheit hat die gleichen strukturellen Ursachen wie der ökonomische Problemdruck, der auf der Gesamtgesellschaft lastet. Wer sich dessen bewußt wird, kann dann in der Berichterstattung über den Verkauf eines Industrieunternehmens (wie z. B. Riedel-de Häen) auch der Frage nachgehen, warum denn die Mitarbeiter des Unternehmens (die den Unternehmenswert geschaffen haben) die Firma nicht selbst übernehmen. Es braucht dann auch nicht über ein Jahrzehnt zu dauern, z. B. von der Werbung für einen Tauschring mittels Kleinanzeigen in der HAZ bis zum ersten redaktionellen Bericht über die inzwischen zahlreich entstandenen Tauschringe, die eben auch ihre Gründungsursache in den Mängeln unserer Währungsverfassung haben. Und bei etwas mehr journalistischer Wachheit hätte in dem Bericht von Thomas Hanke über das Bemühen der Grünen, wirtschaftspolitische Kompetenz (z. B. bezüglich der Europäischen Währungsunion) zu erlangen (DIE ZEIT, 29.9.1995), der Hinweis stehen können, daß die vorhandene Inkompetenz mit dem Zustrom von Mitgliedern mit sozialdemokratischem und marxistischem Gedankengut entstanden ist. Der „Vordenker“ Joseph Fischer war ein Förderer dieses Prozesses.

Die linken und rechten Schubladen

Die Freiwirtschaftsschule wurde von Anfang an von außen mißdeutet und abwechselnd oder gleichzeitig dem linken und rechten politischen Lager zugeordnet. Z. B. wurde Anfang der 60er Jahre in Berlin Wilhelm Schulte vom Verfassungsschutz die Existenz zerstört, weil man vermutete, er sei ein Kommunist. Nachzulesen in der Schrift „Brennpunkt Berlin - die kommende Freistadt!“. Viele Marxisten haben in den ganzen Jahren versucht, die Freiwirtschaftsschule in die rechte politische Ecke zu stellen. Jutta Difturth hat in unseren Tagen dabei eine gewisse Meisterschaft erlangt. Gesell selber wird als braun eingestuft, weil er in der Reformsiedlung Eden mitgewirkt hat. Daß dort Franz Oppenheimer, der Lehrer Erhards und Jude und Silvio Gesell Genossen waren, wird übersehen. Auch herrscht das Unvermögen, zwischen Modell und Vertreter des Modells zu unterscheiden. Verdächtig ist die Freiwirtschaftsschule den marxistischen Linken schon deshalb, weil von Gesell eine geistige Verbindungslinie zu

dem Franzosen P.-J. Proudhon besteht. Proudhon war der geistig-wissenschaftliche Gegenspieler von Karl Marx.

Was will die Freiwirtschaft und wie wird sie beurteilt?

Das Anliegen der Freiwirtschaftsschule kann man gut mit den Worten von Oppenheimer beschreiben, wie sie in der Ausgabe des SPIEGELS vom 9. 9. 1953 zitiert werden. Dabei hat Oppenheimer durchaus Widerspruch zu Gesell formuliert. Ich selber würde den vorkommenden Begriff *Glaube* durch *Wissen* ersetzen wollen.

„Liberaler Sozialismus, das ist der Glaube an eine Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wettbewerb durchsetzt. Und in der doch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofite und Grundrenten bis auf harmlose Splitter verschwunden sind. Eine Ordnung, in der also das wirtschaftlich-soziale Klassenverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht.“

Laut dem Spiegel hat der Student Erhard diese Lehren begierig aufgenommen.

In dem weiter oben erwähnten SPIEGEL-Artikel „Soziale Marktwirtschaft - Die Flucht nach vorn“ ist über Erhard zu lesen:

„Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse.“

Dazu ist Zweierlei anzumerken:

1. Im engeren Sinn war Erhard wohl kein Freiwirt. Es bestanden aber wesentliche inhaltliche und personelle Berührungspunkte. Sein Mitwirker in der Zeitschrift *Währung und Wirtschaft*, Otto Lautenbach, der die Gründung der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* ausgelöst hat, war Freiwirt. Lautenbach hat mit anderen Freiwirten schon während des Zweiten Weltkrieges ein Wirtschaftsprogramm für die Zeit nach der Niederlage geschrieben. Über die Aktionsgemeinschaft kam es zu einer Zusammenarbeit zwischen den Ordoliberalen, Erhard und den Freiwirten. Die Freiwirte wurden aber nach Lautenbachs Tod ausgebootet bzw. kalt-

gestellt. Der ersten Gründungsinitiative der grünen Partei, die eine freiwirtschaftliche war, ist es ähnlich ergangen. Den Schaden haben die gehabt, die nicht merkten, was gespielt wird. In von mir gelesenen geschichtlichen Rückblicken wird von beiden Organisationen die Freiwirtschaft ausgeblendet.

2. Ohne daß ich den SPIEGEL-Artikel kannte, habe ich Erhard 1972 in der Evangelischen Akademie nach den parteiinternen Widerständen zu seiner Politik befragt. Er brachte zum Ausdruck, daß diese Widerstände aus dem eigenen Lager erheblich gewesen wären.

Dirk Lühr schreibt in seinem bereits oben erwähnten Artikel:

„Vor dem Hintergrund freiwirtschaftlicher Auffassungen stellt die Verfestigung der Europäischen Gemeinschaft auf Basis der Maastrichter Beschlüsse einen wirtschaftspolitischen Rückschritt dar. Fundamentalkritik ist daher angebracht. Wirtschaftshistorisch erlebte die Bundesrepublik in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute eine allmähliche Hinwendung zu freiwirtschaftlichem Gedankengut ...“

Er zählt dann die Punkte auf, die in die praktizierte Wirtschafts- und Währungspolitik eingegangen sind, und fährt dann fort:

„Bis auf die Kernreformen wurden in der Bundesrepublik die meisten der freiwirtschaftlichen Vorschläge verwirklicht. In der Rückschau kann man feststellen, daß die Bundesrepublik hiermit sehr gut gefahren ist.“

Die Kernreformen sind allerdings die Schlußsteine in einem Kellergewölbe, auf dem der Dom stehen soll, der eine Heimstatt für die realisierten, alten Forderungen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit abgeben soll.

In der HAZ vom 18. März 1986 ist unter der Überschrift „Heinz Nixdorf - ein Pionier des elektronischen Zeitalters“ zu lesen:

„Die Bundesrepublik hat eine der letzten großen Unternehmerpersönlichkeiten verloren, die für den Aufbau dieses Landes nach dem Zweiten Weltkrieg stehen. Kurz vor einem 61. Geburtstag ist Heinz Nixdorf nach einem anstrengenden Messetag im Kreise von Kunden und Kollegen

einem plötzlichen Herzversagen erlegen.“

In der Ausgabe Nr. 33 vom 10. 8. 1984 hatte DIE ZEIT unter dem Titel „Der knorrige Patriarch der Elektronik“ ein Portrait von Nina Grunenberg über Heinz Nixdorf veröffentlicht. Ich habe daraufhin Nixdorf angeschrieben. Er antwortete mir mit Schreiben vom 27. August 1984:

„Im Interview mit der Zeitung DIE ZEIT habe ich gern bestätigt, wie sehr mich Silvio Gesell in meinen jungen Jahren beeindruckt hat. Die wirtschaftliche Lage meines Elternhauses war während meiner Kindheit durch die Arbeitslosigkeit meines Vaters geprägt. Mit Beendigung des Krieges war ich 20 Jahre alt; die Zukunft Deutschlands noch nicht beschreibbar. Von der Marktwirtschaft war in den ersten Nachkriegsjahren aus verständlichen Gründen nichts zu hören.

Die mutige Einführung der Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard findet in der Praxis keine Parallele. Trotz all der seinerzeitigen Bewunderung für die Lehre Silvio Gesells nehme ich an, daß die Marktwirtschaft 'Erhardscher Prägung' auch in der heutigen Zeit durch kein anderes Wirtschaftssystem mit Erfolg ersetzt werden könnte. Zu den Lehren von Silvio Gesell möchte ich erst wieder Stellung nehmen, wenn es mir gelungen ist, mittels der spärlich vorhandenen Literatur, mir einen einigermaßen guten Überblick zu verschaffen. Ich werde mir erlauben, Sie bei Gelegenheit wieder anzuschreiben ...“

Ich habe dann Freunde angeregt, Nixdorf den Überblick zu erleichtern. In seinem Schreiben vom 12. Juni 1985 teilte mir Nixdorf dann das Ergebnis seiner Prüfung mit:

„Die Ratlosigkeit der Politiker von heute macht die Arbeiten von Silvio Gesell immer moderner.“

Aufruf zur kritischen Prüfung

Ich habe Nixdorfs Aussagen hier wiedergegeben, weil es genügend Leute mit ausreichender Intelligenz in Wissenschaft und Politik gibt, die die freiwirtschaftlichen Aussagen überprüfen könnten, aber nur den kleinen Mut haben, im Windschatten von Autoritäten zu denken und zu forschen, besonders dann, wenn ihnen von Vorgesetzten gesagt wird, daß es ihrer Karriere abträglich ist, wenn sie

sich mit der Freiwirtschaftsschule befassen. Auffallend ist, daß Menschen mit einer naturwissenschaftlichen Neigung oder Ausbildung leichter den Zugang zur „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ oder zur „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ finden als studierte Ökonomen. Dem ökonomischen Fachmann stehen zu oft seine Vorurteile im Wege. Hier ist ein Handlungsbedarf der Forschungspolitik angezeigt, wenn Forschungspolitik nicht nur als ein Instrument zur Sicherung der Rendite des Kapitals verstanden wird.

3 Schlußbemerkungen zu Teil 1 und 2

Am Anfang war nur der Impuls, mich gegen die unzulängliche Berichterstattung in den Massenmedien wehren zu müssen. Wenn ich nur geschrieben hätte: „Ihr habt Mist verzapft!“ oder Zustimmung oder Widerspruch in fünf Zeilen ausgedrückt, dann hätte ich eine gewisse Chance gehabt, daß meine Stellungnahme als Leserbrief veröffentlicht worden wäre. Die Redakteure beweisen gerne ihre „Liberalität“, indem sie den einen oder anderen Leser die Chance geben, Dampf abzulassen. Der Informationswert einer solchen Stellungnahme wäre aber gleich Null gewesen. Ich wollte es gründlicher machen, und meine Stellungnahme ist dadurch länger geworden als für eine Zeitung „erlaubt“. Für Zeitungsredaktionen müssen schon außergewöhnliche Umstände vorliegen, wenn sie einen Text dieser Länge abdrucken.

Ich hoffe trotzdem, daß meine Zeilen ihre LeserInnen finden. Den Redaktionen von der ZEIT und der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung habe die erste Fassung dieser Anmerkungen zur internen Kenntnisnahme zugesandt. Ich habe aber wenig Hoffnung, daß der Text von Mitgliedern der Redaktionen Wirtschaft oder Politik gelesen wurde. Drastisch gesprochen: Die meisten Redakteure lassen sich offensichtlich - wie die meisten Politiker - nicht ohne Zwang das oft erwähnte Brett vor dem Kopf entfernen oder bestreiten - bei entsprechenden Vorhaltungen - sogar, ein solches zu tragen.

Bei der Suche nach der Antwort auf die Frage: „Wie erreicht meine Botschaft die Adressaten, die interessierten deutschen und europäischen Bürger“, rieten

mir Freunde, den zweiten Hauptteil meiner Ausarbeitung wegzulassen. Ich habe geantwortet, daß es auf die Währungsprobleme bezogen bei entsprechender Vorkenntnis genügen würde, den zusammenfassenden Merksatz zu drucken und zu verteilen. Die komprimierte Darstellung der Fakten ist aber eben keine Garantie dafür, daß ein Text gelesen und verstanden wird. Wie soll auch das Ringen um die Erfassung und Lösung der Währungsprobleme dargestellt werden, wie soll die Neugierde geweckt werden, wenn nicht die Fakten mit Personen verknüpft werden?

Es besteht außerdem die Notwendigkeit, das eigene politische Profil in der Auseinandersetzung um Europa sichtbar zu machen, weil es eine widerliche Gattung von politisch verbildeten Zeitgenossen gibt, die als erstes fragen, in welche Ecke können wir den Autor stellen, was können wir ihm anhängen, und nur am Rande oder gar nicht fragen: „Was sagt er denn?“

Rudi Dutschke und Bärbel Bohley sind für die Studenten- und DDR-Bürgerrechtsbewegung so etwas wie Ikonen in der Haupt-Menüleiste eines Computerprogramms. Klickt man mit der Maus diese Ikonen an, kommt man zu neuen Fenstern mit Untermenüs. Neue Namen und Gruppen und neue Zusammenhänge werden in ihren Verknüpfungspunkten sichtbar. In dem „Programm“ *Natürliche Wirtschaftsordnung* bin ich in einem nachgeordneten Fenster wie viele andere auch zu einer Ikone geworden. Warum sollte ich das verleugnen, wenn das „Programm“ Bestandteil meines politisch-geistigen Lebens geworden ist und es selber darauf wartet, in das öffentliche Bewußtseins gehoben zu werden.

Ich habe nun nicht versucht, meinen Rückgriff auf persönliche Erfahrungen mit einem Objektivität heischenden „Wir“ zu verkleiden. Auch müssen die in einer wissenschaftlichen Schule oder einer politischen Bewegung mitwirkenden Einzelpersonen sichtbar bleiben, wenn die jeweiligen GründerInnen nicht durch einen - dem Anliegen abträglichen - Personenkult überhöht werden sollen. ■

In unserem nächsten Heft setzen wir diesen Beitrag von Tristan Abromeit mit den Themen fort, wie sie in der Gesamt-Inhaltsübersicht zu Beginn dieses Aufsatzes nachzulesen sind. Die Redaktion

„Wie hilflos ist man doch, wenn man sich an die Öffentlichkeit wenden muß und hat keine Presse dazu!“

Silvio Gesell (aus: „An die Überlebenden“, Salzmann, S. 23)
